

# FAIRteilung erhöht Wirtschaftswachstum

Auszüge aus dem [Sozialbericht 2017](#)



## Eine Entlastung der Arbeitseinkommen kann zusätzlich die internationale Wettbewerbsfähigkeit stärken und das Beschäftigungswachstum ankurbeln. (S 11)

Angesichts der bereits hohen Arbeitslosigkeit ist eine Umverteilung der Arbeit in Form einer Arbeitszeitverkürzung dringend geboten. Aber muss es überhaupt eine schlechte Nachricht sein, dass weniger Erwerbsarbeit übrigbleibt? ... und weiter: „Wir könnten in Zukunft mit deutlich weniger Erwerbsarbeit auskommen, wenn eine gerechtere Verteilung sicherstellt, dass alle an der stärker automatisierten Wertschöpfung teilhaben können.“ (S 12)

Das geringe Wachstum des privaten Konsums ist auf die hohe Arbeitslosigkeit und die schwache

Einkommensentwicklung zurückzuführen. (S 18)

## Mitverantwortlich für das Wachstum 2016 sind **Flüchtlinge**:

Das kräftige Wachstum 2016 basiert zu einem wesentlichen Teil auf verschiedenen Sonderfaktoren (Kalendereffekt, Steuerreform, Flüchtlingszustrom) ohne die das BIP-Wachstum nur geringfügig stärker wäre als 2015. (S 21)

## Szenario 2030

Auch wenn es in Zukunft vermutlich ein langsames Wirtschaftswachstum geben wird als in der Zeit vor der Weltfinanzkrise, legen Berechnungen nahe, dass bei einer Fortsetzung der in den letzten Jahrzehnten getätigten Konsolidierungsmaßnahmen im Sozialbereich die demografisch bedingten Mehrkosten nur zu einem geringfügigen Anstieg der Sozialquote führen werden (siehe Abschnitt 7). (S 155)

## Automatischer Stabilisator: **Sozialsystem**

Unser Sozialsystem wirkt antizyklisch auf die kurzfristigen Konjunkturschwankungen. In Phasen abnehmenden Wirtschaftswachstums wird der Bedarf für das Sozialsystem größer und damit erhöht sich die Sozialquote, während in Perioden eines stärkeren BIP-Anstiegs die Anforderungen an den Sozialstaat geringer werden, was die Sozialquote senkt. Diese Schwankungen der Sozialquote veranschaulichen, dass die Sozialausgaben neben ihrer armutsvermeidenden Funktion auch eine positive wirtschaftspolitische Rolle als „automatische Stabilisatoren“ innehaben: In Krisenzeiten dämpfen sie den Verlust der Kaufkraft der Bevölkerung und schaffen dadurch günstigere Voraussetzungen für die Wiederbelebung der Wirtschaft, während bei höherem Wirtschaftswachstum die Sozialquote wieder abnimmt, sofern keine leistungssteigernden politischen Reformen gesetzt werden. (S 173)

Beim Wirtschaftswachstum wird im Vergleich mit der Vergangenheit von deutlich geringeren zukünftigen Wachstumsraten ausgegangen. EU-Prognosen halten 1,5% im langjährigen Durchschnitt für realistisch. Im folgenden Szenario werden drei Annahmen gegenübergestellt: jährliche Wachstumsraten von 1,2%, 1,5% und 1,8%.

#### Szenarios zur Sozialquote 2030

Sozialausgaben steigen (zusätzlich zum demografiebedingten Mehraufwand) durchschnittlich um real 0,5% pro Jahr	durchschnittliches langfristiges jährliches reales BIP-Wachstum 1,2%	durchschnittliches langfristiges jährliches reales BIP-Wachstum 1,5%	durchschnittliches langfristiges jährliches reales BIP-Wachstum 1,8%
Sozialquote im Jahr 2030	33,4	31,9	30,5

Quelle: Sozialministerium, eigene Berechnungen

... Es ist davon auszugehen, dass die BIP-Entwicklung auf längere Sicht – auch trotz zu erwartender Rückgänge der Wachstumsraten – deutlich über den demografisch bedingten jährlichen Zusatzkosten für die Sozialsysteme liegen werden. (S 174)

Das reale Wachstum der Pro-Kopf-Sozialausgaben ist schon seit einiger Zeit deutlich gedrosselt worden. (S 175)

## **Ungleichverteilung: Hemmnis für wirtschaftliches Wachstum**

Ausgangspunkt unserer Überlegung ist die in vielen aktuellen Studien festgestellte Evidenz (siehe u.a. Alvaredo et al. 2013; Atkinson 2015; Bassanini und Manfredi 2012; Keeley 2015; OECD 2011; OECD 2012A), dass sich in den vergangenen drei Jahrzehnten die volkswirtschaftlichen Wachstumseffekte sehr ungleich auf einzelne Haushalte bzw. Individuen verteilt haben. Stellvertretend dafür steht eine aktuelle Studie von Emmanuel Saez (2016) für die USA. Nach seinen Berechnungen ist das gesamte Realeinkommen in der Periode 1993-2015 im Durchschnitt um 25,7% angestiegen. Während jedoch der Einkommensanstieg für die unteren 99% der Haushalte 14,3% ausmachte, stiegen die Realeinkommen des obersten 1% der US-amerikanischen Haushalte um 94,5%. Somit entfiel nur knapp die Hälfte (48%) vom gesamten Einkommenszuwachs auf die unteren 99%, während die andere Hälfte (52%) dem obersten 1% zu Gute kam.

Dass eine derart asynchrone Entwicklung der Einkommenszuwächse zu massiven sozialen Verwerfungen führen kann, wird in zahlreichen Berichten von OECD, Weltbank und IMF festgehalten. Die internationalen Organisationen weisen darüber jüngst verstärkt auf einen anderen Effekt der zunehmenden Ungleichverteilung der Einkommen hin: nämlich, dass sie zu einem Hemmnis für wirtschaftliches Wachstum werden kann (Ostry 2014; Cingano 2014) (S 229)

## **Vermögen und Wohlfahrtsstaat bringen Sicherheit in die Mitte der Gesellschaft**

Unter den aktuellen Rahmenbedingungen von niedrigerem Wirtschaftswachstum, hoher Arbeitslosenquote, insbesondere hoher Jugendarbeitslosigkeit und geringerer Verzinsung von relativ sicher veranlagtem Vermögen kann der Vermögensaufbau jüngerer Menschen nicht in gleicher Weise wie bei der vorhergehenden Generation erfolgen. Da die jüngeren

Menschen heute erst später ins Berufsleben starten, prekärere Jobs haben, einen häufigeren Jobwechsel erfahren und eine höhere Einkommensunsicherheit hinnehmen müssen, wird die Unsicherheit in vielen sozialen Dimensionen immer größer und die Frage nach dem privaten Vermögen wichtiger. Wenn die Politik Menschen entsprechend ihrer Fähigkeit zur Selbstsicherung unterscheiden will, kommt sie an der Bezugnahme auf Vermögen nicht vorbei.

Denn die entscheidende Kluft in der Mitte wird durch den Immobilienbesitz markiert. Die vermögensstärkere Gruppe lebt im Eigentum, die andere Gruppe der Mitte in Miete. Das überrascht zwar nicht, da das Eigentum am Hauptwohnsitz einen Vermögensbestandteil darstellt. Doch das Merkmal Miete versus Eigentum besitzt eine hohe Trennschärfe, da es zeigt, dass ein Teil der Mitte unter bestimmten gesellschaftlichen Entwicklungen gefährdet ist. Für die Mieter/innen kann soziale Sicherheit und Statussicherheit aus dem Beschäftigungsverhältnis, der Qualifikation oder dem Wohlfahrtsstaat resultieren. Gerade dort drohen Abstiegsrisiken (Nachtwey 2016). Arbeitsplatzverlust, Schwächung von sozialen Sicherheitsmechanismen, erhöhte Konkurrenz im Bildungssektor markieren Einfallstore steigender Unsicherheit. Einschnitte im Lebenslauf wie Scheidung, Krankheit, Arbeitslosigkeit, etc. sind mit den privaten Vermögensreserven schwer aufzufangen. Und gerade solche Krisen finden sich auch deutlich häufiger in der gefährdeten Mitte.

Geht es darum die Mitte vor einem Abrutschen in die Prekarisierung zu bewahren und die Mitte als zentralen Bestandteil unserer Gesellschaft in ihrer Breite möglichst abzusichern, müssen die Haushalte, die im Hauptwohnsitz in Miete leben, wohlfahrtsstaatlich abgesichert werden. Ihr Konsumniveau können sie nur solange halten, solange sie vom Wohlfahrtsstaat hinreichend geschützt werden und nicht gezwungen werden, Vermögen für Alter, Bildung, Krankheit und Arbeitslosigkeit anzusparen. Dieser Gruppe ist Wohneigentum nicht durch Erbe direkt oder indirekt zugefallen und auf Basis ihres Einkommens ist ihnen ein schuldenfinanziertes Immobilieneigentum verwehrt. Da ein Markt für Subprime Kredite allein aus Überlegungen der Finanzstabilität nicht gangbar ist und das bereits angesparte Vermögen im familiären Kontext von den Älteren an die Jüngeren vererbt wird, wird der familiäre Hintergrund für die Lebenschancen immer wichtiger. (S 284f)

### ***Arbeitszeitverkürzung als Chance für mehr Gerechtigkeit***

Schließlich stellt sich, wie schon bei früheren Automationswellen, die wichtige Frage, wie die Beschäftigungspolitik auf die Digitalisierung reagieren kann. Angesichts der dreifachen Bewegung: Automation, Verlagerung und Kundinnen-/Kundenarbeit, bei bereits hoher Arbeitslosigkeit und niedrigen Wachstumsraten muss die Sicherung von Arbeitsplätzen für die erwerbsfähige Bevölkerung in den nächsten Jahren Priorität bekommen. Die strukturellen Verschiebungen auf dem Arbeitsmarkt – Bedeutungsverluste für manche Berufe und das Entstehen neuer – erfordert weiterhin Maßnahmen der Bildungs- und aktiven Arbeitsmarktpolitik. Automation, Verlagerung von Arbeit und Selbstbedienung reduzieren bei niedrigem Wachstum das Volumen der Erwerbsarbeit. Angesichts der bereits hohen Arbeitslosigkeit ist eine Umverteilung der Arbeit in Form einer Arbeitszeitverkürzung dringend geboten. Aber muss es überhaupt eine schlechte Nachricht sein, dass weniger Erwerbsarbeit übrigbleibt? Für Keynes bedeutete technologische Arbeitslosigkeit in den 1930er-Jahren nicht nur, dass „wir schneller Mittel entdecken, Arbeit zu sparen, als neue Verwendungen für die Arbeit finden“, sondern langfristig auch, dass die „Gesellschaft ihr ökonomisches Problem gelöst hat“, also die Knappheit überwunden ist. Eine solche Sicht erlaubt es, auf die aktuellen Entwicklungen um Arbeit 4.0 einen optimistischeren Blick zu werfen: Wir könnten in Zukunft mit deutlich weniger Erwerbsarbeit auskommen, wenn eine gerechtere Verteilung sicherstellt, dass alle an der stärker automatisierten Wertschöpfung teilhaben können. (S 393)